Nr. 260 20. Jahrg.
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Donnerstag, 10. Nov. 1921
Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Monatlich frei Haus Ausgabe B 5.50 M. Ausgabe A (mit illustrierter Beilage) 6.— M. zuzüglich 11.— M bezw. 11.50 M, vierteljährlich 15.25 M bezw. 16.75 M einschließlich Postbestellgeld. Einzelnummer 40 Pf. Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.80 M, im Reklameteil 4.— M. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Zusammentritt des Industrieausschusses

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 9. November. Heute nachmittag tritt nach dem Beschlusse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Industrieausschuß, der sich mit der Anleiheaktion zu beschäftigen hat, zusammen. Es war geplant worden, daß in diesen Tagen der Reichskanzler eine Abordnung der Industrie empfangen soll und es ist nicht ausgeschlossen, daß heute nachmittag diese Besprechung beim Reichskanzler stattfindet.

Der Verkehr mit Devisen und Banknoten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 9. November. Wie verlautet, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung den vom Reichsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Der wesentlichste Inhalt des Gesetzentwurfes ist folgender:

1. Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun ab an die Banken gebunden sein, also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden,
2. die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen,
3. die Banken sind verpflichtet, über jedes abgeschlossene Devisen- oder ähnliche Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schlußschein auszustellen. Dieser Schlußschein muß von den Banken dem betreffenden Finanzamt desjenigen, der ein Devisengeschäft eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen dann ihrerseits die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Vanderlips Finanzplan

Wien, 8. Nov. Ueber den Inhalt von Vanderlips Finanz-Exposé, das der amerikanische Oberst Smith der Konferenz von Portorose vorgelegt hat, wird von dort gemeldet: „Vanderlip sagt, daß die „Goldreservebank der Vereinigten Staaten von Europa" keineswegs die selbständige Finanzwirtschaft der Staaten ausschalten soll, der Plan soll auch nicht dazu dienen, ungesunde Staatsbudgets oder auf falschen Grundsätzen aufgebaute Handelspolitik auszubalancieren, er soll in der Hauptsache dazu dienen, der schweren europäischen Krankheit, der unentwegten Inflation wertlosen Papiers zu steuern. Die Heilmittel sieht Vanderlip in der Ausgabe von Noten, die immer zu mindestens 20 Prozent mit Gold gedeckt sein müssen, und in einer Geschäftsgebarung der Zentralbank und der ihr unterstehenden Nationalbanken, deren Solidität auf neuen kaufmännischen Grundlagen aufgebaut ist. Vanderlip glaubt, daß es heute noch möglich ist, die mitteleuropäischen Devisen davor zu retten, ganz in den Abgrund zu stürzen. Er erinnert daran, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika schwere Geldkrisen durchmachen mußten, bevor sie zu ihrem System der „Federal Reserve" gelangten. Dieses System soll teilweise der von der Vanderlip vorgeschlagenen Schöpfung zum Vorbild dienen. Die vorhandenen Goldreserven sollen mobilisiert und mit Hilfe Amerikas in gemeinsamer Arbeit dem gemeinsamen Wohl nutzbar gemacht werden. Das Wesen der neuen Bank ist überstaatliche Organisation; sie müßte eigentlich, meint Vanderlip, „nach den Gesetzen des Planeten Mars konstituiert werden", d. h. eine Ueberorganisation bilden, die weit über allem Nationalen steht. Zu diesem Zwecke müßte jedes Land den Grund und Boden und dem Gebäude der Filialbanken die Exterritorialität gewähren, sie von allen Steuern und Abgaben befreien und die Zirkulation der neuen Noten an keinerlei Gesetze binden. Der Gewinn des einzelnen Aktionärs ist, wie bei der amerikanischen Bundesreserve, nach oben zu begrenzen, ein gewisser Ueberschuß muß den Staaten als Kompensation für den Entgang an direkten Abgaben zufließen."

Kontrolle der deutschen Finanzen

Paris, 8. November. Der Finanzausschuß der Kammer hat ein Exposé des Abgeordneten de Lasteyrie über das Sonderbudget der von Deutschland wiedererstattenden Ausgaben entgegengenommen. Der Berichterstatter lenkt die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die fortschreitende Baisse des Markkurses und ihre möglichen Folgen und erklärt, diese Baisse sei größtenteils durch die unmäßige Steigerung des Papiergeldumlaufes verursacht. Der Berichterstatter macht ferner nähere Angaben über die Abkommen von London und Wiesbaden und kommt zu der Schlußfolgerung, es sei notwendig, daß die Alliierten so schnell als möglich eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen einrichten.

Die Erörterung der Reparationsfrage

Washington, 8. November. Die französische Abordnung ist hier angekommen. Sie wurde am Bahnhofe von Staatssekretär Hughes und General Pershing empfangen.

London, 8. November. Der Neuyorker Berichterstatter des Reuterschen Bureaus erfährt, Briand werde auf der Washingtoner Konferenz folgende Grundsätze vorlegen: 1. Frankreich stimme mit den Vereinigten Staaten bezüglich der kommerziellen Angelegenheiten in China überein. 2. Die Verminderung der Rüstungen zur See findet von seiten Frankreichs keine Schwierigkeiten, da die französische Flotte schon unter dem Maßstabe stehe, der wahrscheinlich von der Konferenz angenommen werden wird. 3. Die französischen Interessen würden in der Hauptsache von den Rüstungen zu Lande berührt angesichts der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland. 4. Was die Frage der Reparationen betreffe, so sei diese eng verbunden mit der Frage, wann und wie Frankreich mit der Bezahlung seiner amerikanischen Schulden beginnen werde. Wenn daher Washington den Wunsch habe, die Frage der Schulden auf der Konferenz anzuschneiden, so sei die französische Delegation bereit, sie zu erörtern. 5. Die Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde hinderten nicht den Anschluß Frankreichs an andere Mächte.

Paris, 8. November. Nach einer Havas-Meldung aus Neuyork richtete Briand nach seiner Ankunft eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der erklärt wird, Frankreich sei bereit, alle Anstrengungen darauf zu richten, neue Kriege zu verhindern, vorausgesetzt, daß es nichts für seine Sicherheit zu befürchten habe. Da Frankreich mehr als irgendein anderes Land durch den Krieg gelitten habe, sei es bereit, an der Abrüstungskonferenz in einem dem Völkerrecht und der Erhaltung des Friedens günstigen Geiste teilzunehmen.

Zur Ernennung des Freiherrn von Maltzahn

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Königsberg, 9. November. Die Ernennung des Freiherrn von Maltzahn zum Abteilungsleiter im Deutschen Auswärtigen Amte wird in Riga mit großer Befriedigung aufgenommen. Auch die russische Presse begrüßt die Ernennung von Maltzahn. Sie sieht darin den Beweis dafür, daß Deutschland bestrebt sei, mit Rußland normale Beziehungen anzuknüpfen.

Raoults Drohungen an Saarbrücken

Saarbrücken, 8. November. In der heutigen Stadtverordnetensitzung, die zur Regelung der Besoldung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten und zu der durch den Streik geschaffenen Lage Stellung nehmen sollte, gab der sozialdemokratische Stadtverordnete Schäfer im Namen der drei großen Fraktionen der Versammlung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Stadtverordnetenversammlung bestehe nach wie vor auf ihrem Beschlusse, das Verbot der Regierungskommission, diesen Beschluß auszuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Mark an Beamte, Angestellte und Arbeiter auszuzahlen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt dar und zwinge die Stadtverordnetenversammlung, sich beschwerdeführend an den Völkerbundsrat zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann zwei Schreiben, die ihm während der Sitzung überbracht worden waren. In einem Schreiben bitten die städtischen Beamten den Präsidenten der Regierungskommission, von seinem Recht des Eingreifens Gebrauch zu machen. In dem zweiten Schreiben teilt der Präsident Raoult unter Bezugnahme auf ein früheres Schreiben mit, er wolle der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit geben, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Verordnung der Regierungskommission Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb einer Frist von 48 Stunden kein entsprechender Beschluß gefaßt sein, so sehe er sich gezwungen, infolge der durch den Streik geschaffenen unhaltbaren Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Konflikt innerhalb der Entente

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

London, 9. November. Der „Daily Telegraph" erfährt von diplomatischer Seite über den Konflikt innerhalb der Entente, daß die Angelegenheit von englischer Seite als äußerst ernst angesehen werde. Die englische Regierung sei über das geheime Wirken der französischen Diplomatie sehr unerhalten. Von diplomatischer Seite wird bemerkt, man glaubt annehmen zu dürfen, daß im Laufe der Washingtoner Konferenz Ueberraschungen zu erwarten seien.

Japanische Einkäufe in Deutschland

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 9. November. Wie aus Elberfeld gemeldet wird, soll die japanische Regierung unweit bei der rheinisch-westfälischen Industrie umfangreiche Bestellungen auf Docks und Schiffsbleche vornehmen, die sie anstelle der von Deutschland zu liefernden Schiffe zu erhalten wünscht.

Um das preußische Wohlfahrtsministerium

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 9. November. Wie verlautet, hat die preußische Zentrumsfraktion für den Posten des preußischen Wohlfahrtsministeriums nunmehr den Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag Hirtsiefer in Aussicht genommen. Es steht aber noch nicht bestimmt fest, ob Hirtsiefer, der zurzeit in Italien weilt, der Berufung Folge leisten wird.

Die Verabschiedung Stegerwalds

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 9. November. Der frühere Ministerpräsident Stegerwald verabschiedete sich gestern im preußischen Staatsministerium von den Beamten und führte aus, daß er sich keineswegs vom politischen Leben ganz zurückzuziehen gedenke, sondern sowohl als Reichstagsabgeordneter wie auch als Gewerkschaftsführer politisch aktiv tätig sein wolle.

Leben oder Form?

Wie eine Lawine sind die Ereignisse in den letzten Tagen und Wochen auf unser deutsches Volk hereingebrochen. Auch den Leuten — manchen leider viel zu spät — ist die Erkenntnis und Bedeutung gekommen oder sollte wenigstens gekommen sein, daß es nun wirklich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, um die Existenz eines jeden Einzelnen von uns geht, soweit der Einzelne nicht der Rasse der Kriegsgewinnler, der Revolutionsgewinnler oder neuestens der Reparationsgewinnler angehört. Von dem Ernst der Situation haben nicht nur die Debatten im Reichstag, die am Montag mit der Beratung der Steuervorlagen begonnen haben, Zeugnis gegeben, auch der Staatshaushaltplan für den Freistaat Sachsen auf das Rechnungsjahr 1921 und die Vorlage über die Entwürfe des Staatshaushaltsplanes sowie des Finanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1922 beleuchten die Lage haarscharf. Es wird ja wohl noch sehr viel Gelegenheit sein, in den nächsten Wochen auf diesen Haushaltsplan des sächsischen Staates zurückzukommen, seine Bedeutung darzulegen und dazu auch vom politischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Für die allgemeine Aussprache über diesen Staatshaushaltplan sind nicht weniger als wie drei Tage im Landtage in Aussicht genommen. Es wird ein Strom von Reden sich voraussichtlich über das hohe Haus ergießen und es wird dabei natürlich auch die politische Lage eine große Rolle spielen. Dann wird in den Ausschußberatungen der Etat in seinen Einzelkapiteln unter die Lupe zu nehmen sein. Es muß unterlassen werden, daß die Zusammenarbeitung des Etats diesmal an Uebersichtlichkeit stark gewonnen hat. Die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1921 schließen mit 2 147 585 415 Mark ab. Es bedeutet das also ein Mehr von etwa einer Milliarde gegenüber dem Haushaltsplan vom Vorjahre. Der Fehlbetrag beträgt über 800 Millionen Mark, die noch nicht gedeckt sind. Dabei ist natürlich — und das ist das Wesentliche — noch nicht hineingerechnet, was nun die neue bevorstehende Besoldungsreform und die automatisch damit erfolgenden Erhöhungen der Löhne für die Staatsarbeiter in den werdenden Staatsbetrieben an Ausgaben erfordern werden. Wie schon gestern mitgeteilt, wird der Mehrbetrag für das Jahr von einer Seite auf 451 Millionen, von einer anderen Seite auf etwa 600 Millionen Mark geschätzt. Davon wird ein Teil durch das Reich gedeckt werden; immerhin werden wir mit einem neuen Defizit von etwa 300 Millionen Mark in Sachsen zu rechnen haben. Das sind Zahlen von schwindelnder Höhe, und dabei ist noch nicht in Betracht gezogen der Mehraufwand, der den Gemeinden aus der Teuerungswelle erwachsen wird, dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß mit der Möglichkeit neuer Bewilligungen bei weiterem Sinken der Mark gerechnet werden muß.

In den gestrigen Beratungen des Aeltestenrates kam naturgemäß der Ernst der Lage zum Ausdruck. Es war eine Notwendigkeit, daß der Landtag unverzüglich die Regierung ermächtigte, den sächsischen planmäßigen und nichtplanmäßigen Staatsbeamten im Vorbereitungsdienste und Lehrern in Anrechnung auf die künftige Erhöhung ihrer Bezüge die Beträge zu gewähren, die das Reich demnächst den entsprechenden Reichsbeamten anweisen wird. Daß ein Unterschied zwischen Reichsbeamten und sächsischen Staatsbeamten nicht gemacht werden kann, muß als selbstverständlich angesehen werden. Bei der endgültigen Verabschiedung der bevorstehenden Besoldungsreform wird nach unserer Ansicht auch die Frage der Kinderzulagen, deren Regelung durch die gegenwärtige sozialistisch-kommunistische Mehrheit in Sachsen eine Zurücksetzung der sächsischen Beamten gegenüber den Reichsbeamten bedeutet, wieder aufgeworfen werden müssen.

In diesem Augenblick haben sich nun gestern nachmittag im Landtage tiefbedauerliche Szenen abgespielt, die nicht dazu beitragen können, das Ansehen des Parlaments zu stärken, und die noch weniger im Staatsinteresse gelegen sind. Herr Minister Lipinski hat es neulich für notwendig erachtet, sogenannte Enthüllungen über gegenrevolutionäre Bestrebungen bekanntzugeben und Einzelheiten darüber in der Presse zu veröffentlichen. Die diesbezügliche Erklärung hat Herr Lipinski schriftlich beim Zusammentritt des Landtages außerhalb der Tagesordnung gegeben. Hierauf nun haben die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei ebenfalls außerhalb der Tagesordnung Gegenerklärungen erlassen und den Bestand solcher gegenrevolutionärer Organisationen abgestritten. Es wird vor allem nachzuweisen sein, inwieweit Herr Lipinski — wie er es gestern getan hat — berechtigt ist, sich bei seinem Vorgehen auf die Zustimmung der Reichsregierung zu berufen. Denn die Erklärung des Herrn Lipinski war gestern außerordentlich schwach. Die Erklärung, die der Abgeordnete Winger von der Deutschen Volkspartei abgegeben hat, war kurz. Es wurde auch im wesentlichen die Verlesung dieser Erklärung nicht gestört. Anders war es bei der Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Förner, die außerordentlich lang war und in dieser äußeren Hinsicht manchen früher abgegebenen Erklärungen der Kommunisten glich. Die Verlesung der Förnerschen Erklärung hat nun auf der äußersten Linken, d. h. sowohl bei den Kommunisten wie bei den Unabhängigen, also bei den Stützen der Regierung außerordentliche Unruhe hervorgerufen. Diese Unruhe steigerte sich zu wirklich häßlichen Szenen. Das Auftreten der Kommunisten und der Unabhängigen muß direkt als würdelos bezeichnet werden. Dabei spielt die Frage, ob der Landtagspräsident einen formalen Fehler wegen der Verlesung der Erklärungen vor dem Landtagsforum begangen hat oder nicht, gar keine Rolle.

Noch unerhörtere Szenen spielten sich dann ab, als die Anträge den 9. November und 1. Mai zu gesetzlichen Feiertagen zu machen beraten wurden.

Was soll das Volk, was soll vor allem auch das Ausland für einen Begriff bekommen, wenn es in dieser Zeit der schwersten Not derartige Vorgänge beobachtet. Wir haben neulich schon einmal betont, daß von allen Seiten alles vermieden werden muß, was zu neuen Erschütterungen, zu neuen Unruhen führen könnte. Und daher muß in diesem Zusammenhange allerdings auch betont werden, daß die Erklärung, die Kronprinz Rupprecht in Bayern anläßlich der Beisetzung seiner Eltern erlassen hat, nicht dazu beiträgt, die Gegensätze zu mildern. Bis jetzt hat sich Kronprinz Rupprecht Zurückhaltung befleißigt. Die „Vossische Zeitung" (Nr. 525) hat aber recht, wenn sie zu seiner neuesten Erklärung u. a. folgendes sagt:

„Die Auffassung der Weimarer Verfassung als des Werkes eines „Augenblickes von Unordnung und Verwirrung", entspricht der Wahrheit so wenig, daß man ihren Verkünder nicht beneiden wird um die Ratgeber, die ihm eine solche Diktion unterschieben in der Lage